

WALTER EUCKEN INSTITUT

Freiburg im Breisgau

Jahresbericht 1997

Walter Eucken Institut, Goethestraße 10, 79100 Freiburg, Tel: (0761) 78088, Fax: (0761) 78089

A. Veranstaltungen

I. Walter-Eucken-Vorträge

Festvortrag zu Ehren von Ludwig Erhard von Prof. Dr. Dr.h.c. Hans Tietmeyer: *Geldwertstabilität und soziale Marktwirtschaft im Zeitalter globaler Märkte* [lvk]

Am 13. Januar sprach Professor Hans Tietmeyer, Präsident der Deutschen Bundesbank, zum Thema *Geldwertstabilität und soziale Marktwirtschaft im Zeitalter globaler Märkte*. Dabei verwies er auf die besondere Rolle, die Ludwig Erhard in der Frühphase der europäischen Integration zugekommen sei, da er sich für eine offene, marktorientierte Integrationsstrategie und gegen soziale Harmonisierung durch staatliche Vereinbarungen eingesetzt habe. Erhards Vorstellung einer funktionalen Integration sei es gewesen, daß das Wirken von grenzüberschreitenden Marktprozessen zu einer automatischen Verzahnung der Volkswirtschaften führt. Eine liberale Außenwirtschaftsordnung und konvertible Währungen seien für Erhard die entscheidenden Weichenstellungen zur Herbeiführung der Integration gewesen, womit er auch die Grundlagen für den heutigen gemeinsamen europäischen Markt geschaffen habe. Neben Damals dem ökonomischen Ziel der Schaffung einer freien und offenen Wirtschaftsordnung habe die deutsche Europapolitik das Ziel der Einbindung Insgesamt sei es deshalb wichtig, Prioritäten bei den öffentlichen Ausgaben zu setzen. Das derzeitige Spannungsverhältnis zwischen sozialer

Deutschlands in Westeuropa und insbesondere die Aussöhnung mit Frankreich verfolgt. Beide Zielsetzungen würden auch heute noch gelten und als Leitgedanken für die Schaffung der europäischen Währungsunion dienen. Für eine weitere Integration auf solider marktwirtschaftlicher Grundlage seien deshalb neben der Unabhängigkeit der Zentralbank eine stabilitätsorientierte Finanz- und Lohnpolitik gemäß der in Maastricht vereinbarten Konvergenzkriterien wichtig. Dies gelte insbesondere in der aktuellen Situation einer zunehmenden Globalisierung der Märkte, in der wirtschaftspolitische Fehlentwicklungen schneller und konsequenter aufgedeckt würden als zuvor. So führten inflexible Strukturen am Arbeitsmarkt wegen des zunehmenden Wettbewerbs zwischen den Investitionsstandorten zu Arbeitslosigkeit. Die globalen Finanzströme reagieren unmittelbar auf mangelnde Disziplin nationaler Geld- und Finanzpolitik und beschränken so den, für Regierungen bequemen Weg der öffentlichen Verschuldung. Zusätzlich entstehe durch die Internationalisierung der Unternehmen und ihrer Möglichkeiten zur Ertragsverlagerung und Steuervermeidung ein verstärkter Steuerwettbewerb. Tietmeyer betonte jedoch, daß nicht alle derzeitigen Probleme auf die Globalisierung zurückgeführt werden könnten. So seien Schwierigkeiten, die aus der Altersstruktur der Bevölkerung resultieren oder Überforderungen der öffentlichen Haushalte aufgrund immer neuer Ansprüche an den Staat intern verursacht und nicht in der internationalen Öffnung der Märkte begründet.

Marktwirtschaft und Geldwertstabilität könne aufgelöst werden, ohne eines der Ziele grundsätzlich in Frage zu stellen. Dazu müssten lediglich die

Fehlentwicklungen und Übertreibungen der Vergangenheit im System der sozialen Sicherung beseitigt werden. Auch zukünftig behalte soziale Sicherung ihre Berechtigung, da sozialer Friede und politische Stabilität wichtige Standortfaktoren darstellten. Politische und ökonomische Stabilität seien ebenfalls für den Euro wichtig, da sie den Binnen-, wie den Außenwert der gemeinsamen Währung sichern und so die Grundlage für eine positive Beeinflussung der zukünftigen Integration durch den Euro schaffen würden. Durch eine stabile Währung könne es der gemeinsamen Zentralbank auch gelingen, Glaubwürdigkeit für langfristig niedrige Zinsen aufzubauen. Dies würde nicht zuletzt dazu beitragen, die Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft mit Hilfe des Euro zu verbessern.

Festvortrag zu Ehren von Ludwig Erhard von Aleksander Kwa_niewski: *Polen im Wandlungsprozeß* [lvk]

Am 17. April widmete sich Aleksander Kwa_niewski, Staatspräsident der Republik Polen, dem Thema *Polen im Wandlungsprozeß*. In Polen, so betonte Kwa_niewski, ginge es den Menschen heute ähnlich wie Ludwig Erhard nach 1945 in Deutschland, als er auch vor der Aufgabe stand, eine Konzeption für eine dynamische Wirtschaft zu entwickeln und in die Tat umzusetzen. Bei dieser Aufgabe seien in Polen inzwischen beachtliche Erfolge erreicht worden. Im Verlauf des Reformprozesses sei es gelungen, die Inflation und die hohe Auslandsverschuldung zurückzuführen, die Wirtschaft zu stabilisieren und den Zloty konvertierbar zu machen. Ein Beweis für die gefestigte Position konnte mit der Einführung polnischer Staatsobligationen auf dem amerikanischen und europäischen Wertpapiermarkt und mit deren Überzeichnung erbracht werden. Durch die Aufgabe der zentralen Planwirtschaft habe Polen ein System der offenen Marktwirtschaft erhalten. Damit sei es gelungen, alle fundamentalen Symptome der zentral gelenkten Planwirtschaft zu überwinden, wie die allgegenwärtigen Versorgungsmängel oder die Handlungsbeschränkungen der Unternehmen. Unternehmen und Verbraucher hätten jetzt die Möglichkeit, auf die Signale der Märkte zu reagieren. Vor allem von kleinen und mittleren Betrieben würden die neuen Chancen genutzt und die hohe Zahl an Neugründungen von Unternehmen dieser Größenordnung bewirke einen Strukturwandel im Privatsektor, bei dem die Bedeutung der Großbetriebe zurückgehe. Ein weiteres Zeichen des Wandels in Richtung einer offenen Volkswirtschaft sei die rasante Zunahme des Außenhandels. Bemerkenswert sei ebenfalls die Umorientierung

des Handelsaustausches, der früher hauptsächlich mit den COMECON-Staaten stattgefunden habe und sich jetzt auf die Europäische Union konzentriere. So habe Deutschland mittlerweile die vormals von der Sowjetunion eingenommene Stellung des wichtigsten Handelspartners übernommen.

Die rechtliche Absicherung der Reformen sei auch in der kürzlich verabschiedeten polnischen Verfassung fortgesetzt worden. Diese orientiere sich, wie die Reformmaßnahmen insgesamt, an den Ideen Ludwig Erhards und Walter Euckens. Für die öffentliche Verschuldung seien klare Obergrenzen und ein Verbot der Kreditaufnahme bei der Zentralbank festgelegt werden. In einigen Bereichen, wie zum Beispiel den Ladenöffnungszeiten, bestehe in Polen inzwischen sogar größere wirtschaftliche Freiheit als in Deutschland. Kwa_niewski betonte, daß nicht zuletzt die Mitgliedschaft in der OECD den neuen Kurs Polens zeige. Bei allen wirtschaftlichen Erfolgen dürfe jedoch nicht vergessen werden, daß viele Bürger hohe Anpassungslasten zu tragen haben. Arbeitslosigkeit und eine nicht immer akzeptierte Differenzierung der Einkommen sei ein Zeichen davon. Diese Aspekte seien auch bei weiteren Reformen zu berücksichtigen, damit die Akzeptanz der Bevölkerung für notwendige Maßnahmen nicht verloren gehe. Zukünftig gelte es, nach der Transformation, die Modernisierung Polens fortzuführen. Dazu seien Anstrengungen zur Reform der Sozialversicherung, der Landwirtschaft und der Industrie notwendig. Auch im Bankensektor seien noch weitere Verbesserungen durch Konsolidierung und Privatisierung vorzunehmen. Dies sei insbesondere wichtig, um den außerordentlich großen Kapitalbedarf, den den Modernisierungsprozeß begleite, nicht nur durch ausländische Investitionen, sondern auch mit Hilfe inländischer Mittel zu decken. Die einsetzende Gründung polnischer Pensionsfonds diene dieser Belebung des inländischen Kapitalmarktes und der Erhöhung der Sparbereitschaft der Bürger. Insgesamt werde versucht, so Kwa_niewski, mit allen Maßnahmen Vorbereitungen für den stärkeren Wettbewerb nach einem Beitritt Polens zur Europäischen Union zu treffen.

Festvortrag zu Ehren von Ludwig Erhard von Dr. Jacques Santer: *Modell Europa: Ursache oder Lösung der Wirtschaftskrise* [lvk]

Am 14. November referierte Jacques Santer, Präsident der Europäischen Kommission, über das Thema *Modell Europa: Ursache oder Lösung der Wirtschaftskrise*. Santer stellte fest, daß Erhards Befürchtung eines dirigistischen Zentralismus bei der Schaffung der Europäischen Union nicht eingetreten sei. Vielmehr sei mit dem Binnenmarkt, der Liberalisierung staatlicher Monopole und der Offenheit der Union nach außen eine Situation erreicht worden, mit der auch Erhard nicht unzufrieden wäre. Mit dem Problem der Massenarbeitslosigkeit bestehe jedoch eine ernstzunehmende Herausforderung des Modells der EU. Diese könne aber nicht mit einfachen Lösungen, wie einer völligen Abschaffung der sozialen Komponente, beantwortet werden. Santer bekannte sich nachdrücklich zu einer sozial verpflichteten Marktwirtschaft und gleichzeitig zur Durchführung notwendiger Reformen in der Union und in den Mitgliedsstaaten. Von Seiten der EU zeigte er drei Bereiche auf, in denen die Reformen begleitet werden könnten. So werde die Vollendung des Binnenmarktes und die Einführung der gemeinsamen Währung Europa wirtschaftlich stärken und Wachstum begünstigen. Dies schaffe größere Wettbewerbschancen, gerade auch für Klein- und Mittelbetriebe, bei denen allerdings noch verstärkte Vorbereitungen auf die gemeinsame Währung notwendig seien. Auch die Verbraucher und Sparer seien noch intensiver über die zukünftige Währung aufzuklären und davon zu überzeugen, daß die Stabilität des Euro eine Abwanderung in Drittwährungen unnötig mache. Im Bereich der Beschäftigungspolitik solle mit Maßnahmen der europäischen Ebene die nationalen Problemlösungen ergänzt und koordiniert werden. Keineswegs gehe es um die Auflage teurer europäischer Arbeitsbeschaffungsprogramme. Auch in der EU-Kommission herrsche die Überzeugung vor, daß Arbeitsplätze nur von Unternehmen geschaffen werden könnten. Eine sinnvolle Aufgabe komme jedoch der EU zu, wenn durch Informationsweitergabe und die Ausarbeitung von Gemeinschaftspolitiken die Aktivitäten in den Mitgliedsstaaten erleichtert würden. Mit der Festlegung beschäftigungspolitischer Leitlinien könnten außerdem nachprüfbare Handlungsvorgaben geschaffen werden, die den Reformdruck auf die Regierungen erhöhen würden. Durch die EU-Erweiterung nach Osten ergebe sich schließlich ein zusätzlicher Bereich, der zu Veränderungen führen werde. So verwies Santer auf notwendige Reformen der Gemeinschaftsinstitutionen sowie der Finanzierung von Agrar- und Strukturpolitik. Auch bei den Beitragszahlungen müßten Korrekturen vorgenommen werden, um die Lasten besser zu verteilen. Die Osterweiterung sei jedoch auch als

eine große Chance zur endgültigen Überwindung der Teilung des europäischen Kontinents und zur Sicherung von Frieden und Freiheit zu verstehen; eine Chance, die lange Zeit für unmöglich gehalten worden wäre. Die Einigung ganz Europas werde auch nicht durch das differenzierte Vorgehen bei den Beitrittsverhandlungen gefährdet. Vielmehr sei eine Erweiterung in mehreren Schritten notwendig, um den Entwicklungsunterschieden der Kandidaten in den Bereichen Wirtschaft, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit Rechnung zu tragen. Ein sinnvoller Einsatz der knappen Ressourcen wäre außerdem bei einer gleichzeitigen Aufnahme aller Kandidaten gefährdet. Die Vorauswahl bedeute aber keinen Ausschluß der übrigen beitragswilligen Länder, sondern Motivation zu weiteren Reformanstrengungen. Dazu gehöre nicht nur die Anpassung der Rechtsvorschriften, um die Übernahme des Gemeinschaftsrechts vorzubereiten, sondern auch die Schaffung von Strukturen zur administrativen Durchsetzung des Rechts. Wie bei früheren Erweiterungen der Union sei es auch bei der Osterweiterung beabsichtigt, daß die Bewerberländer ohne lange Übergangszeiten oder permanente Ausnahmeregelungen in der Lage seien, die Gemeinschaftsgesetzgebung zu übernehmen. Abschließend betonte Santer die große Bedeutung, die der EU für die Bewältigung der wirtschaftlichen und der politischen Herausforderungen in Europa zukomme und die nicht allein mit buchhalterischen Maßstäben gemessen werden dürften.

Festvortrag zu Ehren von Ludwig Erhard von Prof. Dr. Rita Süßmuth: *“Ludwig Erhard: Vater der sozialen Marktwirtschaft - heute noch aktuell?”* [ar]

Anläßlich des dritten und letzten Vortrages zu Ehren Ludwig Erhards sprach Bundestagspräsidentin Professor Dr. Rita Süßmuth am 3. Dezember über die Frage, inwieweit die Lehren von Ludwig Erhardt heute noch aktuell sind. Professorin Süßmuth warnte davor, vom Konzept einer “sozialen” Marktwirtschaft abzugehen und eine “freie” Marktwirtschaft zu fordern. Diese Forderung wurde in den Jahren nach 1989 in den jungen Demokratien in Osteuropas, insbesondere in der heutigen Tschechischen Republik, immer wieder erhoben; heute hingegen würde man diese Forderung kaum noch vernehmen. Ludwig Erhards Überzeugung, daß eine richtig verstandene Wirtschaftspolitik zugleich auch Sozialpolitik sei, da sie die Bedingungen für einen “sozial funktionierenden Markt” - und damit für Wohlstand und Vermögensbildung - schafft, sei zwar richtig. Dadurch würde Sozialpolitik jedoch nicht überflüssig; dies habe auch Ludwig Erhard so gesehen.

Sozialpolitik sei "Politik für die wirklich Bedürftigen". Es müsse heute kritisch darüber nachgedacht werden, ob die Bismarcksche Tradition einer "Politik für die breite Mittelschicht" fortgeführt werden solle. Das heutige System der beitragsfinanzierten Stüssmuth äußerte sich besorgt darüber, daß mit steigender Arbeitslosigkeit das Vertrauen in die Marktwirtschaft schwinde. Auch hier müsse nach neuen Lösungen gesucht werden. Vielversprechend seien insbesondere die Ansätze, welche in den Niederlanden und in Dänemark praktiziert würden. Da heute der Markt selbst in wachsenden Volkswirtschaften Arbeitslosigkeit nur unzureichend abbaue, müsse der Staat auf Maßnahmen einer aktiven Beschäftigungspolitik zurückgreifen, auch wenn dies den ordnungspolitischen Vorstellungen Ludwig Erhards zuwiderlaufe. Das US-amerikanische Modell, das auf die freien Kräfte des Marktes baue, weise zwar ebenfalls Erfolge im Hinblick auf die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit auf, aufgrund der damit verbundenen Verelendung eines beträchtlichen Bevölkerungsanteiles sei es allerdings nicht nachahmenswert.

Frau Stüssmuth stellte heraus, daß in Deutschland auch vieles positives erreicht worden sei. Von "Stillstand" könne nicht die Rede sein. Auch wenn der Abbau von Überregulierung nur sehr langsam vonstatten gehe, seien vielfach Erfolge zu vermelden, so etwa die rechtliche Erleichterung befristeter Arbeitsverhältnisse. Wenig Verständnis habe sie für die weit verbreitete Geisteshaltung, den Standort Deutschland kaputtzureden. Dies zeuge von einer zu geringen Selbstachtung. Angesichts der hohen Exporterlöse, die gegenwärtig erzielt würden, stoße die Selbstkritik im Ausland auf wenig Verständnis. Auch die Kritik an der Forschungslandschaft sei überzogen. In Deutschland würden ausgezeichnete Forschungsergebnisse produziert. Keinesfalls sollten die Universitäten dazu übergehen, sich allein auf anwendungsorientierte Forschung zu konzentrieren. Frau Stüssmuth zeigte sich insgesamt optimistisch. Sie sei davon überzeugt, daß es in Deutschland viele kluge Menschen gibt, die neue Ideen entwickelten, diese engagiert in die Gesellschaft einbrächten, und die auch wüßten, daß zukünftig eher mehr als weniger gearbeitet werden müßte als heute.

II. Karl-Schiller-Vorträge

1. Karl-Schiller-Vorlesung von Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: *Ordnungspolitik in einer Zeit des Umbruchs* [wg]

sozialen Sicherung sei langfristig unbezahlbar. Ein Vorbild könnte die Schweiz sein, deren soziales Sicherungssystem auf drei Säulen, einer Grundsicherung, einer beitragsfinanzierten Versicherung und privater Eigenvorsorge, gründe.

Am 30. Juni 1997 eröffnete Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, Ministerpräsident des Landes Sachsen, die Karl-Schiller-Vorlesungsreihe mit einem Vortrag zur *Ordnungspolitik in einer Zeit des Umbruchs*.

Prof. Biedenkopf erläuterte, daß Ordnungspolitik im Sinne der Freiburger Schule die Freiheit des einzelnen im Rahmen einer privatrechtlichen Ordnung sichere. Das ordnungspolitische Leitbild werde aber nicht nur im Osten Deutschlands, in dem eigenverantwortliches Handeln lange Zeit nicht möglich war, sondern auch im Westen immer weniger akzeptiert. Statt dessen würden kollektive, interventionistische Problemlösungen angestrebt, die dazu führten, daß das Handeln einzelner nicht mehr den Gesamtinteresse der Gesellschaft diene. Konkrete Folgen dieser Entwicklung zeigte Prof. Biedenkopf anhand des komplizierten deutschen Steuerrechts auf, das ungerecht sei, weil es zu einer Ungleichbehandlung führe. Ebenso bedenklich seien die Verlagerung politischer Kompetenzen auf europäische Ebene, weil interventionistische Maßnahmen damit der parlamentarischen Kontrolle entzogen würden sowie die Verlagerung wirtschaftlicher Aktivität in die Schattenwirtschaft.

Neben der Öffnung Osteuropas beschrieb Prof. Biedenkopf den demographischen Wandel, den Eintritt neuer Volkswirtschaften in die Weltwirtschaft, die Zunahme verfügbarer Informationen sowie die Diskrepanz zwischen international tätigen Unternehmen und national handelnden Staaten als die wichtigsten Kennzeichen der derzeitigen Umbruchsituation. Auf diese Umbrüche dürfe nicht mit einzelfallorientierten Korrekturen sondern mit einem klaren ordnungspolitischen Konzept reagiert werden, mahnte Biedenkopf.

Wie schwer jedoch ordnungspolitische Grundsätze trotz ihren gesamtgesellschaftlichen Vorteilen umsetzbar seien, mache die Geldpolitik deutlich. Die Unabhängigkeit der Bundesbank sei immer wieder Ziel politischer Angriffe, in diesem Jahr beispielsweise im Rahmen der Diskussion um die Neubewertung der Bundesbankreserven sowie im Rahmen der Auseinandersetzung um die Gestaltung der Währungsunion.

Gerade bei geringem wirtschaftlichem Wachstum sei Ordnungspolitik besonders umstritten, da dann der Wunsch nach staatlicher Protektion besonders ausgeprägt sei. Würde jedoch den Schutzinteressen einzelner nachgegeben, geriete die Gesamtordnung in Gefahr. Die Bürger verlören ihre Möglichkeit, die Politiker zu kontrollieren. An die Stelle einer

demokratisch gestalteten Gesamtordnung würde ein Bündnis aus Staat und denjenigen Gruppen treten, die am erfolgreichsten ihre Interessen vertreten könnten. Karl Schiller sei zwar Ordnungspolitiker gewesen, so Biedenkopf, dennoch habe er ein derartiges Bündnis aus Staat und organisierten Interessen, die Konzertierte Aktion, propagiert.

III. Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Paul

Am 2. Oktober 1997 richtete das Walter Eucken Institut eine Podiumsdiskussion über "Marktwirtschaft und Umwelt" aus. Es wurde die Frage gestellt, inwieweit eine nachhaltige Entwicklung im Rahmen unseres ordoliberalen Gesellschaftsmodells möglich ist. Es diskutierten Professor Paul Klemmer, Präsident des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung sowie Professor Ernst Ulrich von Weizsäcker, Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie.

In Anspielung auf ein - in der Öffentlichkeit intensiv diskutiertes - Buch der sogenannten "Lissabonner Gruppe" nahmen beide Referenten in ihren Eingangsreferaten Bezug auf die "Grenzen des Wettbewerbs". Klemmer tat seine Verwunderung kund, daß man heute, fünfzig Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik, sich erneut über die Vorteilhaftigkeit einer marktwirtschaftlichen Ordnung unterhalten müsse. Diese wäre doch mit dem Fall der Mauer allzu offensichtlich zum Vorschein getreten. Zu seinen (Freiburger) Studienzeit hätten die Menschen ein großes Vertrauen in die Kräfte der Märkte und des Wettbewerbs gehabt. Heute hingegen erlebten Marktwirtschaftskritiker eine Renaissance, die sich auf eine weitverbreitete Angst vor Veränderung und "streßhaltigen Leben" zurückführen lasse. Weizsäcker gab Klemmer in dem Punkt recht, daß der Wettbewerb eindeutig das überlegene gesellschaftliche Ordnungsprinzip sei. Eine freie Wettbewerbswirtschaft führe jedoch zu einer von niemanden gewünschten Beschleunigung der Naturzerstörung. Diese könne nur durch eine allgemeine Erhöhung der Ressourcenproduktivität gestoppt werden. Wegen der Globalisierung der Märkte sei der Nationalstaat allerdings nicht mehr in der Lage, entsprechende Korrekturen in den Rahmenbedingungen vorzunehmen. Mit anderen Worten: Die Globalisierung hebele die Demokratie aus.

Hinzu komme, so Weizsäcker, daß der Markt die Reichen stärke und die Armen schwäche, insbesondere auch im Hinblick auf die Entwicklungsländer. Klemmer hielt dem entgegen, daß unser heutiges Wohlstandsniveau zwar durchaus auf Kosten anderer Länder erreicht worden sei, dieses Argument aber gerade für und

Klemmer und Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker: *Marktwirtschaft und Umwelt - Sind nachhaltige Entwicklung und ordoliberales Gesellschaftsmodell vereinbar?* [ar]

nicht gegen eine Öffnung der Märkte spreche. Es wäre moralisch verwerflich, den Dritte-Welt-Staaten heute durch - unter dem Deckmantel der Ökologie getarnte - Protektionismen Wohlstandsmehrungen zu verwehren, nur um eigene Besitzstände zu wahren.

Eine Marktwirtschaft im Sinne Euckens dürfe, so Klemmer, keineswegs mit Manchester-Kapitalismus gleichgesetzt werden. Erstere basiere auf einem hoheitlich gesetzten Ordnungsrahmen, der gesellschaftlich unerwünschte Wettbewerbsparameter ausschliesse. In diesem Sinne sei das Verbot von Kinderarbeit als "ressourcenspezifisches Naturschutzgebiet" zu interpretieren. Heute gelte es, über den Ordnungsrahmen bestimmte ökologische Schutzziele, sogenannte "ökologische Leitplanken" festzulegen. Diese müßten allerdings sparsam und selektiv gesetzt werden, um die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft zu wahren.

Einer Einbindung gesellschaftlicher Akteure in die Politik steht Klemmer skeptisch gegenüber. Runde Tische erinnerten ihn an "orientalische Teppichhandel". Sie machten die Politik erpreßbar, führten zu vagen Kompromissen und verhinderten eine vernünftige Regelsetzung. Auch von Umweltorganisationen wie Greenpeace erwartet Klemmer wenig positiven Einfluß auf die Politik; auch Greenpeace müsse letztlich eigene kommerzielle Interessen vertreten.

Weizsäcker betonte, daß auch er den gegenwärtigen Zielfindungsprozeß in der Umweltpolitik als unzufriedenstellend empfinde. Jedoch müsse man sehen, daß es schlichtweg keine Institution gebe, welche die Autorität besitzt, einen ökologischen Rahmen für die globalisiertere Wirtschaft zu setzen. Gesellschaftliche Gruppen wie Kirchen und Umweltverbände könnten immerhin Maßnahmen bei den Unternehmen bewirken, welche auf hoheitlichem Wege nicht zustande gebracht würden. So habe der Ölkonzern Shell habe mittlerweile mehr Respekt vor Greenpeace als vor der britischen und holländischen Regierung zusammen.

Die vernünftigste Lösung sei, so Weizsäcker, auch weiterhin eine ökologische Steuerreform. Diese setze ökonomische Anreize zur Steigerung der Ressourceneffizienz und trage damit zu einer langfristigen Senkung der Emissionen bei.

Weizsäcker äußerte seine Verwunderung darüber, daß angesichts der weltweit 800 Millionen Arbeitslosen und steigender globaler Umweltrisiken immer noch Argumente gegen eine Besteuerung von Umwelt anstelle von Arbeit angeführt würden. Ein Volk der Bedenkenträger riskiere nicht nur seine ökologischen Grundlagen, sondern insbesondere auch seine Wettbewerbsfähigkeit in der Zukunftsindustrie "Umweltechnologie".

Klemmer ließ sich von den Argumenten von Weizäckers nicht überzeugen: Umweltsteuern würden über kurz oder lang fiskalisch mißbraucht werden; Politiker würden dann nach dem Motto verfahren: "Was ist aus der Zitrone herauszupressen?". Zudem begünstigten sie "rent-

IV. Vorträge an der Universität Freiburg

Vortrag von Prof. Norbert Berthold: *Zukunft des Sozialstaats?* [ar]

Auf Einladung des Walter Eucken Instituts und des Instituts für Allgemeine Wirtschaftsforschung der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg sprach Professor Norbert Berthold am 27. Januar 1997 über die "Zukunft des Sozialstaates".

Berthold mahnte an, daß der deutsche Sozialstaat gegenwärtig seine eigene ökonomische Basis erodiere. Die Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme verhinderten einen Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt. Die so verursachte Arbeitslosigkeit machte das soziale Netz über kurz oder lang unfinanzierbar. Problematisch sei insbesondere die Haltung der Gewerkschaften, die noch nicht bereit wären zu akzeptieren, daß die erheblich gestiegenen strukturellen Anpassungslasten der in die internationale Arbeitsteilung eingebundenen Länder über flexiblere reale Arbeitseinkommen und über eine größere Mobilität getragen werden müßten.

Die weit verbreitete Befürchtung, daß die Globalisierung der Märkte unvermeidlich zu einem Am 20. November sprach Professor Otmar Issing im Rahmen einer Gemeinschaftsveranstaltung mit der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg über die Folgen der geplanten Währungsumstellung von der D-Mark auf den Euro. Im Mittelpunkt des Vortrages stand die zukünftige Rolle des Euros auf den internationalen Finanzmärkten. Professor Issing erläuterte, daß das Gewicht, welches der Euro als internationale Anlage- und Reservewährung erlangen werden, von einer Vielzahl von Faktoren abhinge. Es sei heute nicht möglich zu sagen, ob der Euro sich zu einer internationalen Anlagewährung entwickeln und somit mit dem US-Dollar gleichziehen werde. Entwicklungen auf den Finanzmärkten verliefen

seeking"-bedingten Lobbyismus. Da Umweltsteuer kaum ohne Ausnahmereiche für stark betroffene Branchen eingeführt werden könnten, wie es auch von Weizsäcker mit Blick auf die positiven Erfahrungen in Dänemark gefordert werde, seien sie stets mit einem "Bargaining" zwischen Politik und Wirtschaft verbunden. Vorzuziehen sei ein internationales Regime frei handelbarer Emissionszertifikate, die nicht mit den Verlockungen fiskalischer Einnahmen verbunden sind. Ob eine solche internationale Vereinbarung eine nationale Umweltsteuer ausschließt oder vielmehr nahelegt, blieb in der Diskussion offen.

Absenken sozialer Standards führen müsse, teilt Berthold nicht. Im Gegenteil: Funktionsfähige soziale Sicherungssysteme erhöhten die Risiko- und Innovationsbereitschaft der Unternehmen und senke die Streikhäufigkeit der Arbeitnehmer. Effiziente Sicherungssysteme erhöhten also die gesamtwirtschaftliche Produktivität und gerieten daher auch nicht unter ökonomischen Anpassungsdruck. Das deutsche Sozialstaatsmodell hingegen habe den "Rubikon der Effizienz" längst überschritten. Es sei nur wünschenswert, wenn dessen überkommenen Institutionen neuen Formen der sozialen Sicherung wichen. So könnten heute viele Versicherungsleistungen effizienter privat als staatlich bereitgestellt werden. Auch die Mechanismen der staatlichen Umverteilung seien kritisch zu hinterfragen. Umverteilt würde gegenwärtig überwiegend "von den nicht ganz Reichen zu den nicht ganz Armen", anstatt daß die wirklich Bedürftigen gezielt unterstützt würden.

Vortrag von Prof. Dr. Dr.h.c. Otmar Issing: *Von der D-Mark zum Euro - Auswirkungen auf das Weltwährungssystem und die deutsche Wirtschaft*

grundsätzlich langsam. Allerdings habe der Euro einen Vertrauensvorschuß, da anerkannte Währungen in ihn eingingen. Auf lange Sicht hänge die Bedeutung des Euros jedoch allein von grundlegenden Determinanten wie der Größe und Offenheit des Währungsraumes, dem Vertrauen in die Stabilität des Euro und sowie politischen Faktoren ab. Mit einer Bevölkerung von circa 370 Millionen Bürgern (gegenüber circa 270 Millionen in den USA) sowie einer stark in die Weltwirtschaft eingebundenen Volkswirtschaft habe die Europäische Union eine gute Ausgangsbasis für die Schaffung einer international bedeutenden Währung. Eine Belastung für den Euro ginge allerdings von den realwirtschaftlichen Faktoren,

insbesondere der hohen Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union, aus. Professor Issing erklärte, daß der Euro sich seine Reputation im Wettbewerb mit anderen Währungen gewinnen müsse. Das Statut der Europäischen Zentralbank, das demjenigen der deutschen Bundesbank entlehnt sei, sei eine notwendige, aber noch keine hinreichende Voraussetzung für eine stabile Währung. Voraussetzung für geldpolitische Stabilität seien insbesondere stabile Finanzen. Für den Erfolg der Währungsunion seien, so Issing, nicht zuletzt politische Faktoren ausschlaggebend. Der Anstoß zur Währungsunion sei nicht zufällig von der Außenpolitik ausgegangen. Das Motiv für die Währungsunion sei primär ein politisches: Die Länder der Europäischen Union sollen zu einer Gemeinschaft zusammengeschweißt werden. Der Euro sei als politisch integrierendes Symbol gedacht. Übersehen werde dabei bisweilen, daß gerade die Währungspolitik politischen Konfliktstoff liefere. Währungsfragen seien immer auch Machtfragen. Die Existenz unterschiedlicher geldpolitischer Konzeptionen in der Europäischen Union müsse daher zu politischen Spannungen führen. Bedenklich sei, daß der Dissens so grundlegende Fragen betreffe wie etwa die Frage, ob ein starker - stabiler - oder ein schwacher - die Exportwirtschaft begünstigender - Euro angestrebt werden solle. Professor Issing warnte vor einer Politisierung der Währungspolitik für handelspolitische Zwecke. Es sei eine Illusion zu glauben, man könne die strukturellen Probleme, mit denen sich die Volkswirtschaften in der Europäischen Union konfrontiert sehen, durch eine außenpolitische Instrumentalisierung des Euro meistern. Eine solche Politik sei zum einen bereits in sich widersprüchlich, da eine politisch gewollte Abwertung des Euro dem erklärten Ziel der Schaffung einer international gewichtigen, d.h. starken, Währung entgegen stehe. Zum anderen gelte grundsätzlich, daß die Verantwortung für die Lösung struktureller Probleme auf der Ebene der Mitgliedstaaten, nicht jedoch bei der Union, liege. Eine gute Positionierung des Euro auf den internationalen Finanzmärkten sei auch ohne politische Union möglich. Der Vertrag von Maastricht weise daher den richtigen Weg; er sei als der Versuch zu sehen, unpolitisches Geld zu schaffen. Der Versuch hingegen, über die Hintertür der Währungsunion eine politische Union zu schaffen, dürfe nach Einschätzung Issings kaum von Erfolg gekrönt sein.

V. Gemeinsames Symposium mit dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie: *Zukunftsfähigkeit durch*

Wettbewerb - Gesellschaftlicher Wandel, Politik und Umweltschutz [ar]

Vom 1. bis 3. Oktober 1997 richteten das Walter Eucken Institut und das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie in Buchenbach (Freiburg) ein gemeinsames Symposium aus. Diskutiert wurde die Frage, wie in einer freiheitlich verfaßten Gesellschaft wettbewerbliche Suchprozesse nach nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensstilen angestoßen werden können.

Der erste Themenblock befaßte sich mit konzeptionellen Fragen. **Andreas Renner** legte in seinem Referat dar, inwieweit der Ansatz der Wuppertaler Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" mit dem Ordoliberalismus der Freiburger Schule zu vereinbaren ist. **Gerhard Schick** unterstrich in seinem Referat die These, daß die Wuppertaler Studie kommunitaristischen Ideen nahestehe. **Horst Hegmann** sowie **Arnold Berndt** untersuchten, inwieweit die Existenz unterschiedlicher Theoriegebäude die Suche nach konsensfähigen Politikempfehlungen behindert und ob dieser Theorienstreit wettbewerblich entschieden werden könne. **Friedrich Hinterberger** ging der Frage nach, inwieweit Wissenschaftler bereits durch die Wahl ihres Ansatzes auf Bürgerpräferenzen Einfluß nehmen, indem sie bestimmte, im jeweiligen Ansatz nicht weiter hinterfragte Normen zur Beurteilung gesellschaftlicher Zustände vermitteln.

Der zweite Themenkreis behandelte das Spannungsfeld zwischen Wettbewerb und Kooperation. **Andreas Suchanek** kritisierte das Wettbewerbsbild der Gruppe von Lissabon, die ein quantitatives "zuviel" an Wettbewerb feststellten anstatt, was produktiver wäre, nach Regeln zu suchen, die den Wettbewerb in den Dienst der Nachhaltigkeit stellten. **Gerhard Scherhorn** betonte, daß Nachhaltigkeit viel mit gesellschaftlichen Prozessen außerhalb preisgesteuerter Märkte zu tun hätte. **André Habisch** erläuterte, wie über eine geeignete Ordnungspolitik ein gesellschaftlicher Selbstorganisationsprozeß angestoßen werden könnte, im Rahmen dessen neue Kooperationsvorteile zwischen gesellschaftlichen Akteuren entdeckt würden. **Uwe Gerecke** zeigte auf, daß multinationale Unternehmen vielfältig in solche gesellschaftlichen Prozesse eingebunden sind. Während die Nationalstaaten immer weniger in der Lage wären, einen ökologischen und sozialen Ordnungsrahmen zu setzen, würden multinationalen Unternehmen diese Rolle - aus Eigeninteresse heraus - zunehmend übernehmen. **Hans-Peter Meister** sowie **Jochen Tschulin** erläuterten, daß wettbewerbliche Suchprozesse für nachhaltige Wirtschafts- und Lebensstile durch vielfältige

institutionelle Reformen angestoßen werden können. Eine besondere Rolle käme dabei der partizipativen Vernetzung von Akteuren zu, die eine erfolgreiche Suche nach konsensfähigen, für alle Beteiligten vorteilhaften, Lösungen ermögliche. **Gerhard Wegner** und **Klaus Rennings** hinterfragten kritisch die skizzierten Selbststeuerungsalternativen. Wegner wies eindrücklich darauf hin, daß kooperative Politikverfahren nur dann erfolversprechend seien, wenn die Politik sich ein Drohpotential hoheitlicher Politikoptionen zurückhalte. Rennings illustrierte am Beispiel freiwilliger Selbstverpflichtungen der Industrie, daß dieses Instrument in aller Regel nicht zu einer Festlegung anspruchsvoller Umweltziele führe und eine hoheitliche Rahmensetzung keineswegs ersetzen könnte.

Der dritte Themenblock befaßte sich Umweltpräferenzen und deren Beeinflußbarkeit durch Information und der Vermittlung ökologischer. Die Referate des vierten Themenblocks befaßten sich mit den lokalen Handlungsmöglichkeiten für globale Umweltprobleme. Während die Referate von **Detlef Auferheide**, **Thomas Döring** und **Helmut Karl** grundsätzliche Probleme der Dezentralisierung behandelten, nahmen die Referate von **Gerhard Pfister** und **Gerhard Engel** unmittelbar Bezug auf die Arbeiten des Wuppertal Instituts. Sie kritisierten vornehmlich die Verknüpfung der Forderung nach einer Regionalisierung der Lebenswelt mit der Forderung nach einer Abschaffung (offener) Märkte. Die Probleme unserer Welt könnten nicht ohne, sondern nur mit Hilfe des Lösungspotentials von Märkten gelöst werden.

Der letzte Themenblock behandelte verschiedene Vorschläge institutioneller Reformen. **Dorothee Becker Soest** und **Rüdiger Wink** untersuchten rechtliche Regelungsmöglichkeiten für einen sinnvollen Umgang mit Gentechnik. **Gertrude Lübke-Wolff** illustrierte die Möglichkeiten und Grenzen einer umweltpolitischen Steuerung mit Hilfe des rechtlichen Instrumentariums. **Stephan Bannas** kritisierte das heutige Markenrecht, das zu einer Verdrängung lokaler, umweltangepaßter Marken geführt habe. Abschließend wurden zwei institutionelle Reformvorschläge für die Politik diskutiert. **Marcus Stewen** plädierte für die Schaffung einer unabhängigen Umweltbehörde, einer sogenannten "Umweltzentralbank", die politisch definierte Umweltschutzziele instrumentell implementiert, während **Susanne Cassel** sich für eine Stärkung direktdemokratischer Elemente in der Verfassung einsetzte. Damit schloß sie den Kreis zu der in Themenblock 1 geführte Theoriediskussion. Der öffentliche Diskurs im Vorfeld direktdemokratischer Entscheidungen setzte Anreize für Wissenschaftler, verstärkt über die Folgen von Politiken aufzuklären und somit zugleich

Leitbilder. **Raimund Bleischwitz** zeigte verschiedene sozio-ökonomischen Ansätze auf, anhand derer solche Wandlungsprozesse untersucht werden könnten. **Martin Baumert** unterstrich die Bedeutung von Information für die Suche nach nachhaltigen Lebensstilen. Fehlende Informationen etwa über Ressourcenverbrauch im Haushalt und Verkehr verhinderten einen Bewußtseinswandel. **Guy Kirsch** stellte fest, daß das Umweltbewußtseins in der Gesellschaft unterschiedlich ausgeprägt ist, folglich die individuellen Kosten und Nutzen umweltfreundlichen Verhaltens in starkem Maße subjektiv seien und von der eigenen Erfahrungswelt abhängen. **Christian Sartorius** untersuchte die genetisch und kulturell spezifizierten Voraussetzung erfolgreicher Lernprozesse und äußerte seine Befürchtung, daß in einer globalisierten Marktgesellschaft der Raum für kulturelle Lernprozesse zurückginge.

für das eigene Forschungsparadigma zu werben.

B. Laufende Forschungsarbeiten

C. Publikationen

I. Neuerscheinungen

Norbert Berthold, *Der Sozialstaat im Zeitalter der Globalisierung* (Beiträge zur Ordnungspolitik und Ordnungstheorie, Nr. XXX, Verlag J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 19XX, XX Seiten). [ar]
Als Kontrapunkt zu den zahlreichen globalisierungskritischen Stimmen in Deutschland zeigt Berthold eine optimistische Perspektive für den "Sozialstaat im Zeitalter der Globalisierung" auf. Es sei zwar richtig, daß der globale Wettbewerb vor den Institutionen des Sozialstaates nicht Halt mache. Diese Entwicklung bürge jedoch die Chance, überfälligen Reformen des Sozialstaates zum Durchbruch zu verhelfen - zum Nutzen aller Bürger. Das gegenwärtige System der sozialen Sicherung sei ineffizient und unterstütze nicht die wirklich Bedürftigen. Insbesondere der Versuch, sozialpolitische Ziele durch die Regulierung der Arbeitsmärkte zu verfolgen, müsse fehlschlagen - sei es, weil die Arbeitslosigkeit unter den Geringqualifizierten unaufhaltsam steigt, sei es, weil das System unfinanzierbar wird. Ein effizientes System der sozialen Sicherung, das privaten Versicherungslösungen einen breiten Raum gewährt, wird dagegen auch unter verschärften globalen Wettbewerbsbedingungen nicht unter Anpassungsdruck geraten; vielmehr ist es als ein

produktivitätssteigerender Wettbewerbsfaktor zu sehen, der die Risikobereitschaft von Unternehmen erhöht und die Streikhäufigkeit der Arbeitnehmer senkt.

Bruno S. Frey, *Ein neuer Föderalismus für Europa: Die Idee der FOCJ* (Beiträge zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik Nr. 151, Verlag J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1997, 100 Seiten).

Bruno S. Frey entwickelt ein neues Föderalismuskonzept zur Stärkung der Demokratie und Anpassungsfähigkeit von Staaten und Gemeinschaften. *Functional Overlapping Competing Jurisdictions* (FOCJ) sollen gebildet werden, die auf die Lösung tatsächlicher Probleme ausgerichtet sind. Die geographische Ausdehnung dieser funktionsorientierten Körperschaften passt sich an die räumliche Verbreitung eines Problems und nicht an historische Grenzen an. FOCJ konkurrieren um die Mitgliedschaft von Bürgern und Gemeinden auf Neuseeland gilt als das faszinierendste Land für ordnungspolitisch denkende Ökonomen. 1950 noch das drittreichste Land der Erde (gemessen am Pro-Kopf-Einkommen), führte eine unüberlegte wohlfahrtsstaatliche Politik das Land auf einen Pfad wirtschaftlichen Niedergangs, der seinen Tiefpunkt in der Zahlungsbilanzkrise 1984 fand. Die daraufhin neugewählte Labour-Regierung (!) lancierte ein ordnungspolitisches Reformpaket, das in seiner Rigorosität alle bisherigen Reformversuche in OECD-Staaten bei weitem übertraf.

Knorr untersucht die Reformen im einzelnen - die Privatisierung öffentlicher Unternehmen, die Reform der öffentlichen Verwaltung, die Reform der Fiskalpolitik und die Reform des Arbeitsmarktes - sowie deren polit-ökonomische Voraussetzungen. Er kommt zu dem Schluß, daß - unter Zuhilfenahme ökonomischen Sachverständs - eine durchgreifende Sanierung der Staatsfinanzen in erstaunlich kurzer Zeit ebenso möglich ist wie eine nachhaltige Steigerung der Effizienz öffentlicher Unternehmen und der öffentlichen Verwaltung. Das Modell Neuseeland zeige aber auch, daß die Verschleppung notwendiger Reformen über Jahrzehnte hinweg später umso radikalere Korrekturmaßnahmen erforderlich macht und daß noch so rigide Reformen das Problem der Arbeitslosigkeit kurzfristig nicht lösen können.

Peter Koslowski, *Ethik der Banken und der Börse - Finanzinstitutionen, Finanzmärkte, Insider-Handel* (Beiträge zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik Nr. 154, Verlag J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1998, 113 Seiten).

Koslowski untersucht den in der wirtschaftsethischen Diskussion der jüngsten Zeit verstärkt beachteten Problembereich der Ethik auf Finanzmärkten und in Finanzinstitutionen. Dabei

der Grundlage demokratischen Wettbewerbs und sollen Steuerhoheit besitzen. Mit ihrer Mittelausstattung sollen sie bestimmte öffentliche Leistungen bereitstellen (z.B. Schule, Verkehr, Polizei), ohne dafür ein Gebietsmonopol zu erhalten. Ein Austrittsrecht soll die Berücksichtigung der Bürgerinteressen stärken und den Wettbewerb zwischen den Körperschaften erhöhen. Frey sieht eine breite Anwendungsmöglichkeit seines Konzeptes in Nationalstaaten ebenso wie für die Europäische Union. In einem eigenen Kapitel untersucht er zusätzlich die Eignung des FOCJ-Konzeptes für die Situation der Entwicklungsländer.

Andreas Knorr, *Das ordnungspolitische Modell Neuseelands - ein Vorbild für Deutschland?* (Untersuchungen zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik Nr. 36, Verlag J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1997, 192 Seiten). [ar]

interessieren ihn vor allem die ethischen Fragen, die sich in hochentwickelten Finanzmärkten für die Arbeit der Banken und Börsen stellen. Die ethische Hinterfragung der Tätigkeiten auf den Finanzmärkten ergibt sich für Kowlowski aus der Machtstellung der Banken als Vermittler und Ratgeber für Kredite und Investitionen. Im ersten Teil des Buches werden Gedanken der allgemeinen Ethik und der Ethischen Ökonomie, die Koslowski als Synthese aus Aspekten der Gerechtigkeit und der Effizienz begreift, entwickelt. Hierbei setzt er sich kritisch mit der ökonomischen Theorie des Allgemeinen Gleichgewichts auseinander und zeigt deren Neutralität gegenüber ethischen Fragen als unzureichend auf. Auf der Grundlage dieses theoretischen Fundamentes wird im zweiten Hauptteil der Arbeit eine Anwendung der Theorie der Ethischen Ökonomie auf Kapital- und Kreditmärkte sowie auf den Markt für Unternehmenskontrolle vorgenommen.

Dabei wird die Notwendigkeit einer speziellen Wirtschaftsethik des Bank- und Börsenwesens zur Sicherung der Funktionsfähigkeit dieser Märkte aufgezeigt.

Dieter Schmidtchen / Christoph Bier, *Liberalisierte Strommärkte - Strategische Herausforderung für die Unternehmen und Konsequenzen für die Verbraucher* (Beiträge zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik Nr. 152, Verlag J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, 1997, 87 Seiten).

Die Vollendung des europäischen Binnenmarktes im Bereich der Elektrizitätswirtschaft wird zukünftig wettbewerbsorientierte Strommärkte schaffen und damit zu großen Veränderungen für Anbieter und Verbraucher führen. Die Autoren untersuchen, nach

einer Darstellung der europäischen und deutschen Rechtsgrundlagen der Liberalisierung, die Einflußfaktoren der Preis- und Versorgungsstrukturen auf den Strommärkten. Als entscheidender Faktor wird die Höhe der Durchleitungsgebühr identifiziert, die ein Energieversorgungsunternehmen zahlen muß, um Kunden im Versorgungsgebiet eines anderen Versorgers zu bedienen. Zur Bestimmung der Durchleitungsgebühr werden die Möglichkeiten einer völlig freien Preisbildung als auch die der Kontrolle durch eine Aufsichtsbehörde untersucht. Anhand verschiedener Szenarien und der Berücksichtigung der Regulierungsvarianten werden potentielle Folgen für Anbieter und Stromkunden beschrieben, wodurch eine Einschätzung der Chancen und Risiken der Liberalisierung des Strommarktes

Guido Raddatz, *Dissertationsprojekt für den Jahresbericht 1997*. Die gegenwärtige Finanzierung der Europäischen Union basiert auf einem komplexen System verschiedener Einnahmequellen, das im Jahre 1999 ausläuft. Bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt findet auf politischer Ebene eine intensive Diskussion über potentielle Ausgestaltungsmöglichkeiten des zukünftigen Einnahmenmechanismus statt. Dabei steht vor allem das Ziel einer "gerechten" finanziellen Lastenverteilung zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Mittelpunkt, wobei zumeist die Nettozahlerpositionen, d.h. die Differenz zwischen geleisteten Zahlungen und erhaltenen Rückflüssen der Mitgliedstaaten, besonders problematisiert werden. Vor diesem Hintergrund versucht das Projekt eine kritische ökonomische Analyse alternativer zukünftiger Ausgestaltungsmöglichkeiten eines europäischen Finanzierungssystems, wobei auch die relevanten Probleme der Ausgabenseite berücksichtigt werden müssen, da nur so eine vollständige Erfassung der budgetären Inzidenzwirkungen möglich ist. Neben einer steuersystematischen Analyse und Einordnung alternativer Einnahmequellen bilden potentielle Entwicklungsszenarien der geplanten europäischen Währungsunion und ihre Wirkungen auf die Nettozahlerpositionen der Mitgliedstaaten Kernpunkte der Analyse. Zusätzlich müssen in diesem Zusammenhang auch Aspekte der geplanten Erweiterung der Europäischen Union um mittel- und osteuropäische Länder diskutiert werden, da diesbezüglich gravierende Wirkungen auf die finanzielle Lastenverteilung zu erwarten sind.

möglich wird.

II. Werke in Vorbereitung

Friedrich Hinterberger und Andreas Renner (Hrsg.), *Zukunftsfähigkeit durch Wettbewerb - Gesellschaftlicher Wandel, Politik und Umweltschutz* (Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1998). [ar]

Ausgewählte Beiträge der gemeinsamen Tagung des Walter Eucken Instituts und des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie werden in diesem Band veröffentlicht.